

Feature / Hörspiel / Hintergrund Kultur

## **Dossier**

### **Große Reden**

**„Wohin treibt die europäische Geschichte?“**

Reden zu Europa 1980 bis 2007

Autorin: Susann El Kassar

Redaktion: Birgit Morgenrath

**Produktion: Dlf 2017**

**Erstsendung: Freitag, 14.07.2017, 19.15 Uhr**

Sprecher: Susanne Barth, Marietta Bürger und Jochen Kolenda

Ton und Technik: Wolfgang Rixius und Roman Weingart

Regie: Birgit Morgenrath

### **Urheberrechtlicher Hinweis**

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf vom Empfänger ausschließlich zu rein privaten Zwecken genutzt werden.

Die Vervielfältigung, Verbreitung oder sonstige Nutzung, die über den in §§ 44a bis 63a Urheberrechtsgesetz geregelten Umfang hinausgeht, ist unzulässig.

©  Deutschlandradio

**- unkorrigiertes Exemplar -**

## Musik

### O-Ton Margaret Thatcher, 1988:

*„We have not successfully rolled back the frontiers of the state in Britain, only to see them re-imposed at a European level with a European super-state exercising a new dominance from Brussels.“*

### Sprecherin 2:

Margaret Thatcher, britische Premierministerin.

### Sprecherin 1:

„Wir haben in Großbritannien die Grenzen staatlicher Einmischung nicht erfolgreich zurückgedrängt, um dann feststellen zu müssen, dass diese auf europäischer Ebene wieder hergestellt wurden, unter einem Superstaat mit neuer Vormachtstellung in Brüssel.“

### O-Ton François Mitterrand, 1991:

*„L'union économique et monétaire, ce sera quoi? “*

### Sprecherin 2:

François Mitterrand, französischer Staatspräsident.

### Sprecher:

„Die ökonomische und monetäre Einheit, was ist darunter zu verstehen?“

### O-Ton Mitterrand, 1991:

*„Une monnaie unique.“*

### Sprecher:

„Eine Einheitswährung.“

### O-Ton Mitterrand, 1991:

*„Une politique monétaire commune.“*

**Sprecher:**

„Eine gemeinsame Geldpolitik.“

**O-Ton Mitterrand, 1991:**

„*Une banque centrale.*“

**Sprecher:**

„Eine Zentralbank.“

**O-Ton Mitterrand, 1991:**

„*Un fort degré de coordination et de convergence des politiques économiques.*“

**Sprecher:**

„Ein hoher Grad an Koordination und Übereinstimmung der Wirtschaftspolitik der verschiedenen Länder.“

**Musik****O-Ton Timothy Garton Ash, 1997:**

„Dann fiel die Mauer und was taten wir? Wir kamen zu dem Entschluss, dass das Haus nichts dringlicher benötigte als eine nagelneue computergesteuerte Klimaanlage im Westflügel.“

**Sprecherin 2:**

Timothy Garton Ash, britischer Historiker und Schriftsteller.

**O-Ton Garton Ash, 1997:**

„Während wir uns mit den Vorbereitungen für die Installation beschäftigten, begann der Ostflügel einzustürzen und fing sogar Feuer. Wir bastelten in Maastricht, während Sarajevo brannte.“

**O-Ton Helmut Kohl, 1992:**

„Kein europäisches Land ist mehr für sich allein imstande [...], Frieden und Freiheit, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Stabilität zu sichern.“

**Sprecherin:**

Helmut Kohl, deutscher Bundeskanzler von 1982 bis 1998.

**O-Ton Joschka Fischer:**

„Quo vadis Europa?“ fragt uns daher ein weiteres Mal die Geschichte unseres Kontinents.“

**Sprecherin 2:**

Joschka Fischer, deutscher Außenminister von 1998 bis 2005.

**O-Ton Fischer:**

„Und die Antwort der Europäer kann aus vielerlei Gründen, wenn sie es gut mit sich und ihren Kindern meinen, nur lauten: Vorwärts hin zur Vollendung der europäischen Integration.“

**Ansage:**

„Wohin treibt die europäische Geschichte?“

Große Reden - Europa 1980 bis 2007

Ein Dossier von Susann El Kassar.

**Sprecherin 2:**

Anfang der 1980er-Jahre stagniert die Europäische Gemeinschaft. Das ursprüngliche Sechserbündnis ist zwar mittlerweile auf zehn Staaten angewachsen - Großbritannien, Dänemark, Irland und Griechenland sind hinzugekommen - aber die Gemeinschaft tut sich schwer, nationale Interessen mit der ursprünglichen großen Vision eines vereinigten Europas in Einklang zu bringen. Pläne, die Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und einer politischen Union zu vertiefen sowie eine Währungsunion ins Auge zu fassen, ruhen.

Eurosklerose, Verhärtung oder auch Verkalkung Europas wird dieser Fortschrittsstau genannt. Allen voran Großbritannien tritt auf die Bremse. Margaret Thatcher, die britische Premierministerin, hat klare Vorstellungen über die Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft.

Seit 1979 setzt sie sich vehement für eine Sonderstellung ihres Landes ein. Dabei nutzt sie weidlich aus, dass Entscheidungen nur einstimmig getroffen werden können. Mit der Folge: Ohne Thatcher geht nichts.

**O-Ton Thatcher, Brügge 1988:**

*„Mr. Chairman, you have invited me to speak on the subject of Britain and Europe. Perhaps I should congratulate you on your courage.“*  
*[Plenum lacht.]*

**Sprecherin 1:**

„Herr Vorsitzender, Sie haben mich zu einem Vortrag zum Thema Großbritannien und Europa eingeladen. Vielleicht sollte ich Ihnen zu Ihrem Mut gratulieren.“

**O-Ton Thatcher, Brügge 1988:**

*„If you believe some of the things said and written about my views on Europe, it must seem rather like inviting Genghis Khan to speak on the virtues of peaceful coexistence!“*  
*[Plenum lacht]*

**Sprecherin 1:**

„Wenn Sie nur manches von dem glauben, was über meine Ansichten über Europa gesagt oder geschrieben worden ist, dann muss dies wie eine Einladung an Dschingis Khan zu einem Vortrag über die Vorzüge friedlicher Koexistenz erscheinen!“

**Sprecherin 2:**

Unter anderem der „Britten-Rabatt“, den die Eiserne Lady in Verhandlungsrunden der Europäischen Gemeinschaft Anfang der Achtziger immer wieder beansprucht, bringt jegliche Weiterentwicklung zum Stillstand.

Thatcher sieht Großbritannien benachteiligt: Man zahle so wie alle Mitgliedsstaaten in den gemeinsamen Geldtopf ein, profitiere aber weit weniger von dem Geld.

Beispielsweise bei Agrarsubventionen, weil die britische Landwirtschaft kleiner sei als etwa die deutsche oder die französische.

Im Juni 1984 wird dieser Streitpunkt in Fontainebleau beigelegt. Die eiserne Lady erhält ihren Briten-Rabatt. Erst jetzt scheint es möglich, auch andere Ziele anzugehen. Zum Beispiel den gemeinsamen Binnenmarkt.

Die Einheitliche Europäische Akte, die erste große Reform der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft, die 1987 in Kraft tritt, findet auch die Zustimmung von Margaret Thatcher. Dadurch sollte bis Ende 1992 der Binnenmarkt schrittweise verwirklicht werden. Mit dem freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital innerhalb der EG. Und ein Europa des freien Handels ist in Thatchers Sinne. Aber weitergehende Ideen wie etwa eine einheitliche europäische Währung scheinen ihr abwegig.

Als der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors einen Ausschuss einrichtet, der Wege in die Wirtschafts- und Währungsunion prüfen soll, erneuert Margaret Thatcher ihre Kritik an der europäischen Idee, in einer viel beachteten Rede vor dem Europakolleg in Brügge.

#### **O-Ton Thatcher, Brügge 1988:**

*„The European Community belongs to all its members.  
It must reflect the traditions and aspirations of all its members.  
And let me be quite clear...”*

#### **Sprecherin 1:**

„Die Gemeinschaft gehört allen Mitgliedsländern und muss die Traditionen und Ziele aller in vollem Maße widerspiegeln.

Lassen Sie mich dies erläutern. Großbritannien träumt nicht von einer Alternative zur Europäischen Gemeinschaft mit einer isolierten Randexistenz. Unser Schicksal liegt in Europa, als Teil der Gemeinschaft. Das heißt aber nicht, dass es ausschließlich in Europa liegt. Aber das heißt es auch nicht für Frankreich oder Spanien oder jedes andere Mitgliedsland. Die Gemeinschaft ist kein Selbstzweck. Sie ist keine institutionelle Einrichtung, die entsprechend dem Diktat einer abstrakten Theorie permanent modifiziert werden muss. Auch sollte sie nicht in endloser Reglementierung erstarren. Nur in der Praxis kann Europa seine Prosperität für die Zukunft und die Sicherheit der Menschen garantieren, in einer Welt, in der es viele mächtige Nationen und

Gruppierungen gibt. Wir Europäer können es uns nicht leisten, unsere Kräfte auf interne Auseinandersetzungen oder geheimnisvolle institutionelle Debatten zu vergeuden. Sie ersetzen keine effektiven Maßnahmen. Europa muss bereit sein, in vollem Maß zu seiner eigenen Sicherheit beizutragen und konkurrenzfähig zu sein - konkurrenzfähig in einer Welt, in der Länder erfolgreich sein werden, die Eigeninitiative und Unternehmertum fördern, und nicht solche Länder, die sie zu unterdrücken versuchen. Ich möchte hier ein paar Leitsätze für die Zukunft darlegen.

Mein erster Leitsatz lautet: Bereitschaft zur aktiven Zusammenarbeit zwischen unabhängigen souveränen Staaten ist der beste Weg für den Aufbau einer erfolgreichen europäischen Gemeinschaft. Der Versuch, die nationale Souveränität abzuschaffen und die Macht im Zentrum eines europäischen Konglomerats zu konzentrieren, wäre außerordentlich schädlich und würde die Ziele in Gefahr bringen, die wir zu erreichen suchen. Europa wird gerade deswegen stärker sein, weil Frankreich als Frankreich und Spanien als Spanien und Großbritannien als Großbritannien dabei sind, jedes Land mit seinen eigenen Sitten und Gebräuchen und seiner charakteristischen Eigenart. Es wäre töricht, sie alle nach einer Art Phantombild einer europäischen Persönlichkeit formen zu wollen.

Natürlich bin ich dafür, dass in wichtigen Fragen die Länder Europas versuchen sollten, mit einer Stimme zu sprechen. Ich wünsche mir eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten, auf denen wir zusammen mehr erreichen können als alleine. Europa ist stärker, wenn wir dies tun, sei es in Bezug auf Handel, Verteidigung oder unsere Beziehungen zur übrigen Welt. Aber engere Zusammenarbeit erfordert keine in Brüssel zentralisierte Macht oder Entscheidungen, die von einer dazu eingesetzten Bürokratie gefällt werden. Tatsächlich ist es reine Ironie, dass gerade jetzt, wo Länder wie die Sowjetunion, die versucht haben, alles zentral zu lenken, lernen müssen, dass Erfolg auf Dezentralisierung von Macht und Entscheidungen beruht, einige Politiker in der Gemeinschaft die entgegengesetzte Richtung einschlagen wollen.

Wir haben in Großbritannien die Grenzen staatlicher Einmischung nicht erfolgreich zurückgedrängt um festzustellen, dass diese auf europäischer Ebene wieder hergestellt wurden, unter einem Superstaat mit neuer Vormachtstellung in Brüssel. Wir wünschen uns ein stärker geeintes Europa mit einem stärker ausgeprägten Empfinden für die gemeinsame Zielsetzung. Doch muss dies auf eine Art und Weise zustande kommen,

die die unterschiedlichen Traditionen, die parlamentarischen Vollmachten und den Nationalstolz eines jeden Landes bewahrt, die die Quellen der europäischen Vitalität sind."

**O-Ton Thatcher, Brügge 1988:**

*„...for these have been the source of Europe's vitality through the centuries.“*

**Sprecherin 2:**

Margaret Thatcher erteilt einer starken, politisch integrierten, supranationalen Europäischen Gemeinschaft eine klare Absage. Sie ist gegen eine gemeinsame Währung, gegen eine Europäische Zentralbank und die Harmonisierung von Steuern und gegen eine europäische Sozialpolitik - wie sie dem damaligen Kommissionspräsidenten, Sozialisten und Intellektuellen Jacques Delors vorschwebte. Stattdessen befürwortet sie ein neoliberales Europa: für Deregulierung und Liberalisierung des Handels, freien Kapitalverkehr und die Abschaffung von Devisenkontrollen.

**Musik**

**Sprecherin 2:**

Nach ihrem Rücktritt im November 1990 muss die Eiserne Lady zusehen, wie zwei Politiker, die sie nicht besonders schätzt, die Europäische Gemeinschaft weiter verändern. Der französische Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl. Der eine Sozialist, der andere Christdemokrat - ein ungleiches Paar, vereint in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg: Mitterrand hatte im Zweiten Weltkrieg gekämpft und Kohl hatte seinen älteren Bruder in diesem Krieg verloren. Gemeinsam machen sie es sich seit 1984 zur Aufgabe, die europäische Integration voranzutreiben, und überwinden so die lähmende Eurosklerose der EG.

Im November 1989 fällt die Berliner Mauer. Zwei Jahre später, Ende 1991, zerfällt die Sowjetunion und ihr Imperium in Osteuropa. Damit steht die gesamte europäische Ordnung zur Disposition und die europäischen Nachbarn eines möglichen vereinigten Deutschlands reagieren mit historisch begründeter Sorge und Skepsis. Während der turbulenten und komplexen „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ drängt Mitterrand auf eine „Europäische Union“ als Faustpfand einer festen Verankerung des großen Nachbarn im



europäischen Gehege. Er will die wachsende deutsche Wirtschaftsmacht bannen. „Die D-Mark ist Deutschlands Atombombe“, soll Mitterrand gesagt haben. Das Mittel zur Entschärfung soll die Währungsunion sein.

Im September 1991 besucht François Mitterrand zum ersten Mal nach der Wiedervereinigung einige ostdeutsche Städte und hält vor der Berliner Pressekonferenz eine Rede über die deutsche und die französische Rolle in Europa. Darin blickt er optimistisch auf die anstehenden Abschlussverhandlungen zum Vertrag von Maastricht, die im Dezember 1991 zwischen den Regierungschefs der inzwischen zwölf Staaten der EG - einschließlich der neuen Mitglieder Portugal und Spanien - stattfinden werden.

### **O-Ton Mitterrand, Berlin 1991:**

*„Rappelez-vous le travail accompli ... »*

### **Sprecher:**

„Man erinnere sich an die geleistete Arbeit der Jahre 1989 und 1990, in denen Deutschland mit der Wiedervereinigung befasst war. Damals, im Dezember 1989, entschied der Europa-Rat in Straßburg, eine Konferenz zur Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion einzuberufen. Dabei erinnere ich mich besonders an die Rolle der deutschen Vertreter, an Bundeskanzler Helmut Kohl und Herrn Genscher, die deutlich eine Verbindung herstellten und sagten: ‚Wir werden die Einheit unseres Landes erleben und wir werden uns gemeinsam mit euch darum bemühen, die Einheit Europas zu stärken.‘

Im April 1990 in Dublin machten Bundeskanzler Kohl und ich dann den Vorschlag, auf einer zweiten Konferenz die politische Union zu behandeln. Das haben die zwölf Mitglieder akzeptiert. So wurden im Dezember 1990 zwei regierungsübergreifende Konferenzen eröffnet, die bis zum Ende dieses Jahres zwei Verträge ausarbeiten sollen.

Ökonomische und monetäre Einheit, was ist also darunter zu verstehen? Eine Einheitswährung. Eine gemeinsame Geldpolitik. Eine Zentralbank. Ein hoher Grad an Koordination und Übereinstimmung der Wirtschaftspolitik der verschiedenen Länder. Eine politische Union bedeutet eine Gemeinschaft mit erweiterten Kompetenzen, es bedeutet den Beginn einer echten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und -

das wäre mein Wunsch - sogar eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Gemeinsames außenpolitisches Handeln, dazu waren die zwölf Mitglieder bisher noch nicht in der Lage, außer in diesem Jahr [...]. Gemeinsames außenpolitisches Handeln ist das zentrale Element einer politischen Union, so wie die Einheitswährung das zentrale Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion ist.

Manche mögen Zweifel haben: Sollte man nicht besser abwarten, bis alle zwölf Mitglieder in ihren Interessen vollständig übereinstimmen, bevor man sich in ein Abenteuer stürzt? Ich bin anderer Meinung. Im Gegenteil: Man sollte die Übereinstimmung der Interessen nicht zur Vorbedingung, sondern zum Ziel machen. Eine gemeinsame Politik lässt sich nicht herbeireden, sie muss geschaffen werden. Daher sind die Verträge und neuen Mechanismen, die wir nun in Angriff nehmen werden, von großer Bedeutung und sie sollten zeitig erledigt werden. Das wäre mein Wunsch. Das Zeitgeschehen, die gegenwärtige Geschichte ist ungeduldig, sie wartet nicht auf einen Reifungsprozess. Viele Dramen, vor allem das jugoslawische Drama, verlangen von der Europäischen Gemeinschaft, Verantwortung zu übernehmen. Das erwartet jeder. Dieser Verantwortung kommt sie nach so gut es geht. Was aber kann sie ausrichten? Meiner Ansicht nach sehr viel. Nur muss man wissen, was zu tun ist. Genau dies ist nun der entscheidende Moment der Wahrheit. Jedes europäische Land sollte sich auf seine alten Beziehungen und Allianzen besinnen, die in der Erinnerung noch präsent sind, und der schwarze Schatten der vergangenen Jahrhunderte wird unsere Hoffnungen überdecken. Wir müssen also, und dazu sind wir verurteilt, erfinderisch sein. Verurteilt, neu zu erfinden. Das ist nicht einfach, aber es ist ein edler Auftrag.“

### **Sprecherin 2:**

In seiner Rede vor der Berliner Pressekonferenz warnt Mitterand:

### **O-Ton Mitterand:**

*„Tout retard dans le calendrier serait l’amorce de l’échec et d’un échec qui frapperait la Communauté dans son existence même.“*

### **Sprecher:**

„Jede Verzögerung im Zeitplan wäre der Auslöser für ein Scheitern, ein Scheitern, das die gesamte Europäische Gemeinschaft im Kern ihrer Existenz treffen würde.“

**Sprecherin 2:**

Diese Logik stellt die historische Bedeutung einer politischen Handlung über reale Bedenken und Einwände. Ein Argumentationsmuster, das auch andere Politiker in den Folgejahren immer wieder benutzen. Mitterrand fürchtet, seine gesamte politische Arbeit während des letzten Jahrzehnts auf europäischer Ebene könne zunichte gemacht werden. Denn die Gefahr, dass die Mitgliedsstaaten ihr nationalstaatliches Denken über europäisches Denken stellen, ist real.

**Musik****Sprecherin 2:**

Dennoch tritt der Vertrag von Maastricht schließlich in Kraft. Die Europäische Gemeinschaft nennt sich nun Europäische Union. Die Mitgliedsstaaten konkretisieren ihren Weg zu einem schrankenlosen europäischen Binnenmarkt und zur Währungsunion. Sie einigen sich auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und auf die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik. Allerdings halten die Staaten am lähmenden Einstimmigkeitszwang fest. Helmut Kohl hatte sich für Mehrheitsentscheidungen ausgesprochen. Er war überzeugt, dass eine Währungsunion nur gelingen könne, wenn sie von einer politischen Union untermauert würde. Aber vor allem Großbritannien hatte das verhindert. Der britische Premierminister John Major bestand darauf, die ursprüngliche Formulierung einer „Union mit föderaler Ausrichtung“ zu streichen. Der Vertrag von Maastricht legt also nur eine zarte Grundlage für eine politische Union.

In Deutschland muss der Bundestag den europäischen Vertrag ratifizieren. Vor der Abstimmung hält Kanzler Kohl eine Rede.

**O-Ton Kohl, 1992 vor dem deutschen Bundestag:**

„Wir, die Deutschen, sollten vor allem eines nie vergessen: Ohne die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Integration wäre auch die friedliche Vereinigung unseres Vaterlandes so schnell nicht möglich gewesen.“

[Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD]

Und ich erinnere mich an manches Gespräch, wenn Hans-Dietrich Genscher bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zurückkehrte im Jahre 1990, wo eben unsere Argumente nicht immer die stärksten waren und wo unsere Partner uns einfach geholfen haben, unsere europäischen Partner geholfen hatten, weil wir längst auf einem gemeinsamen Weg in Europa waren. Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind, so verstanden, immer zwei Seiten ein und derselben Medaille.

[...] Deswegen ist es uns nicht gleichgültig, sondern es ist schicksalhaft, welchen Weg Europa geht, ob wir uns, die Deutschen, unwiderruflich auf den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss festlegen oder ob wir unsere Hand reichen ins Zurück vergangener Zeiten, in nationale oder gar machtpolitische Rivalitäten.

Meine Damen und Herren, dies ist in Wahrheit die Kernfrage der jetzigen Diskussion über Europapolitik und über den Vertrag von Maastricht.

Und angesichts des dramatischen Umbruchs in Mittel-, Ost- und Südosteuropa braucht unser Kontinent mehr denn je einen festen Anker der Stabilität und damit auch eine starke Europäische Gemeinschaft. [...]

Kein europäisches Land - obwohl viele in ihren Büros das noch nicht begriffen haben - ist mehr für sich allein imstande, Frieden und Freiheit, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Stabilität zu sichern. Wir alle brauchen in Europa und die Deutschen vor allem aus ureigenstem Interesse die Einigung Europas.

Und meine Damen und Herren, die konsequente Fortsetzung der Politik der europäischen Integration ist zugleich eine zukunftsweisende Antwort auf den immer wieder zu beobachtenden Nationalismus in Europa, auf Entwicklungen des Zerfalls in Teilen Europas. Es soll doch niemand - auch in Deutschland - glauben, das Gespenst des Nationalismus in Europa sei endgültig tot oder es vagabundiere lediglich noch auf dem Balkan. Auch das westliche Europa ist nicht ein für allemal vor den bösen Geistern der Vergangenheit, vor nationalistischem Denken, vor Intoleranz oder Chauvinismus gefeit.

Gerade deshalb ist es schlicht falsch, wenn hier und da behauptet wird, die Zeit des Jahres '92 oder der '90er-Jahre sei noch nicht reif für eine Weiterentwicklung, wie sie

der Vertrag von Maastricht vorsieht. Wenn wir jetzt die Europäische Union nicht schaffen, versagen wir vor der Zukunft, und wir setzen leichtfertig aufs Spiel...

[Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD]

...und wir setzen leichtfertig aufs Spiel, was wir bisher erreicht haben.“

### **Sprecherin 2:**

Die Bundestagsabgeordneten sprechen sich im Dezember 1992 deutlich für den Maastrichter Vertrag aus: 543 stimmen mit Ja und lediglich 17 mit Nein.

Derweil herrscht schon seit einigen Monaten Krieg in Bosnien-Herzegowina. Die nicht-serbische, muslimische Bevölkerung wird aus Ost-Bosnien vertrieben und massenweise ermordet. Die Europäische Gemeinschaft steht vor der Frage, ob sie eingreifen müsse. Frankreich und Großbritannien wollen nur ungern in einen Konflikt mit Serbien hineingezogen werden. Und Deutschland sieht sich außerstande seine Bundeswehr im Ausland einzusetzen. Helmut Kohl streift das Thema Jugoslawien lediglich in seiner Rede vor dem Bundestag.

### **O-Ton Kohl, 1992 vor dem deutsche Bundestag:**

„Die Politische wie die Wirtschafts- und Währungsunion haben ihr Gewicht. Und jeder sollte sich bewusst sein, dass wir die Vorteile der wirtschaftlichen Integration, die insbesondere auch uns Deutschen zugute kommen, auf die Dauer nur bewahren können, wenn wir sie politisch absichern. Es gibt kräftige Stimmen in Europa - ich denke an eine besonders kräftige Stimme in Großbritannien -, die möchte aus dieser Europäischen Entwicklung eine Art gehobene europäische Freihandelszone machen. Wer dies will, will ein ganz anderes Europa. Eine wirtschaftliche Einigung in Europa ohne eine politische Umfassung ist mit absoluter Sicherheit zum Untergang verdammt, und dies wollen wir genau nicht.

[Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD]

[...] Zu den wesentlichen Errungenschaften des Maastrichter Vertrags gehört der Ausbau der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsmöglichkeiten Europas. [...] Alle die, die die EG beschimpfen, sie täte nicht genug in Jugoslawien, sollten daran

denken, dass die EG bisher die notwendigen Mittel so gar nicht hatte. Gerade die Erfahrungen der letzten zwei Jahre sind ein Beweis für die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

[Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.]

[...] Von besonderer Bedeutung ist für uns Deutsche die Wirtschafts- und Währungsunion. Wer wie Deutschland rund ein Drittel seines Bruttosozialprodukts im Außenhandel erwirtschaftet, allein drei Viertel davon im Export nach Europa, kann auf die enge Verknüpfung mit den europäischen Märkten nicht verzichten. Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland sind auf das Allerengste mit der Entwicklung in Europa verbunden.“

### **Sprecherin 2:**

Am 1. November 1993 tritt der Vertrag von Maastricht in Kraft - fast zwei Jahre nachdem sich die Staats- und Regierungschefs auf den Text geeinigt haben. Die Ratifizierung hat sich hingezogen, weil in einigen Mitgliedsstaaten die Skepsis der Bevölkerung erst besänftigt werden musste. Dennoch blieb die Akzeptanz denkbar schwach. In Dänemark brauchte es zwei Referenden, in Großbritannien musste Premierminister John Major die Entscheidung über den Vertrag an die Vertrauensfrage knüpfen und auch François Mitterand erhielt von den Franzosen nur rund 51 Prozent Ja-Stimmen für den Vertrag.

### **Musik**

### **Sprecherin 2:**

Trotz dieser Hindernisse und Unstimmigkeiten wächst die EU weiter. 1995 stoßen Schweden, Österreich und Finnland hinzu. Und mit den postkommunistischen Demokratien im Osten Europas werden Assoziierungsabkommen geschlossen. Mit Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei schon 1991, mit den drei baltischen Staaten 1995.

Timothy Garton Ash, Engländer und trotzdem ein „unbekehrbarer Europäer“, der 2017 mit dem Karlspreis ausgezeichnet wurde, übt Kritik an der Politik der Europäischen Gemeinschaft zur Zeit der Wende. In der ersten Theodor-Heuss-Gedächtnis Vorlesung

1997 an der Universität Stuttgart benennt er Probleme und zukünftige Herausforderungen der EU.

**O-Ton Garton Ash, Rede 1997:**

„Es ist möglich, die letzten acht Jahre als eine weitere, ja entscheidende Wegstrecke auf der Wallfahrt zur europäischen Einigung zu deuten. [...] Gewiss, der Weg war nicht frei von Schwierigkeiten, aber in seiner gesamten Geschichte ist Europa niemals der Verwirklichung seiner friedlichen Vereinigung so nahe gekommen.

Dieser optimistischen Deutung müssen wir leider eine Anzahl von Einwänden entgegenhalten. Der erste und vielleicht der allerwichtigste ist, dass im gleichen Zeitraum der Krieg auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt ist; Krieg und im früheren Jugoslawien Grausamkeiten, die wir in Europa seit 1945 nicht mehr gesehen haben. Eine der Kernbehauptungen der europäischen Integration ist, dass sie Krieg in Europa undenkbar gemacht hat. Was ist von dieser Behauptung übriggeblieben? Gelegentlich erreicht in diesen Jahren der Gegensatz von westeuropäischer Rhetorik und osteuropäischer Wirklichkeit eine geradezu groteske Dimension. ‚Krieg ist in Europa undenkbar geworden‘, verkündeten die Politiker in Straßburg oder Brüssel. Krachend schlugen zur gleichen Zeit Mörsergranaten in Sarajewo ein.

Zum zweiten erleben selbst die Kernstaaten der alten Europäischen Gemeinschaft eine breite Reaktion gegen das technokratische, elitäre Konzept, ‚Europa von oben her zu bauen‘, das im undurchdringlichen Detaildickicht des Maastrichter Vertrags versinnbildlicht ist. Der französische Volksentscheid mit seiner hauchdünnen Mehrheit für den Maastrichter Vertrag ist ein deutliches Symptom dieser Reaktion. Diese Verfremdung und das Gefühl, dass es den Institutionen der Europäischen Union gefährlich an demokratischer Legitimation mangelt, hält sich zäh. [...]

Eine Folge der Währungsunion ist jedoch bereits offenbar geworden, bevor die Union überhaupt begonnen hat. Es steht meines Erachtens außer Frage, dass das Maastrichter Programm zur internen Vereinigung die westeuropäischen Politiker Zeit, Aufmerksamkeit und Energie gekostet hat, die sie sonst den Problemen der neubefreiten Osthälfte des Kontinents hätten widmen können. [...] Um es geradeaus zu sagen: Ich glaube, dass unsere Politiker nach 1989 die falschen Prioritäten gesetzt haben. Wir gleichen einer Familie, die 40 Jahre lang in einem großen,

heruntergekommenen Haus gelebt hat, das in der Mitte durch eine Betonwand geteilt war. In der westlichen Hälfte hatten wir renoviert, das Dach neu eingedeckt, mehrere Trennwände durchgebrochen, frisch tapeziert, die Rohre neu verlegt und die elektrischen Leitungen erneuert; indessen wurde die östliche Seite des Hauses gefährlich baufällig. Dann fiel die Mauer und was taten wir? Wir kamen zu dem Entschluss, dass das Haus nichts dringlicher benötigte als eine nagelneue computergesteuerte Klimaanlage im Westflügel.

[Reaktionen im Publikum]

Während wir uns mit den Vorbereitungen für die Installation beschäftigten, begann der Ostflügel einzustürzen und fing sogar Feuer. Wir bastelten in Maastricht, während Sarajevo brannte. [...] Es gibt sehr bedeutende Stimmen, die sehr glaubwürdig nahelegen, wie schwierig und sogar stürmisch es noch sein kann.“

### **Sprecherin:**

Das Szenario, das Timothy Garton Ash im Folgenden beschreibt, ähnelt überraschend deutlich dem, was der Union ab 2010 mit der Griechenlandkrise bevorsteht. Nur, dass in seinem Beispiel Frankreich in die wirtschaftliche Notlage gerät.

### **O-Ton Garton Ash, Stuttgart 1997:**

„Was wird also passieren, wenn eine Region Frankreichs [...] in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, die benachteiligten Franzosen auf die Straße gehen (wie das so ihre Art ist) und die französische Regierung sich mit der Forderung nach Finanztransfers an ihre besser gestellten Partner, in erster Linie Deutschland, wendet? Wir haben in den Jahren seit 1989 miterlebt, wie widerwillig die westdeutschen Steuerzahler selbst für ihre ostdeutschen Landsleute aufgekommen sind. Können wir ernsthaft erwarten, dass sie auch noch für die französischen Arbeitslosen bezahlen? Jenes essentielle Mindestmaß an Vertrauen und gegenseitiger Solidarität zwischen den Bürgern, das ein zerbrechlicher Schatz demokratischer Nationalstaaten ist, besteht leider noch nicht zwischen den Bürgern Europas. Denn es gibt eben kein europäisches „*demos*“, keine europäische „*polis*“ und gewiss keine Nation Europa. [...]

Es steht nämlich zu erwarten, dass das ‚Europa‘, von dem ich hoffe, dass ihm die ersten neuen mitteleuropäischen Demokratien im Jahr 2000 oder nur wenig später



beitreten werden, nicht fallenden, sondern eher steigenden Spannungen zwischen seinen führenden Staaten und Nationen ausgesetzt sein wird. Denn in Maastricht haben die Politiker der EU den Wagen vor das Pferd gespannt. Jene vertraute Mischung aus drei verschiedenen Arten von Motiven - idealistische, national-instrumentelle und Gemeinschaftsinteressen - brachte sie dazu, sich auf etwas einzulassen, was vielleicht der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Vereinigung Europas sein sollte, aber im Endeffekt möglicherweise mehr teilen wird als einigen. Das trifft nicht nur auf das Verhältnis zwischen den Gründungsmitgliedern und denen, die anfangs nicht teilnehmen, sondern auch auf die Kernteilnehmer selbst [zu]. Unterdessen hat die gewaltige Konzentration auf dieses eine Projekt zur Vernachlässigung der historischen Chance beigetragen, die sich in der östlichen Hälfte des Kontinents bot, als die Mauer fiel. "

### **Sprecherin 2:**

Timothy Garton Ash mahnt bereits 1997 Reformen an, damit die Union, die bald aus 25 Mitgliedsstaaten bestehen würde, flexibel und handlungsfähig bleibe. Die Mitglieder wollen zum 1. Januar 1999 die gemeinsame Währung, den Euro, einführen. Im Grunde haben aber alle Staaten Schwierigkeiten, die selbst auferlegten Kriterien für diesen Schritt, z. B. die Haushaltsdisziplin, zu erfüllen. Dafür werden dann Budgets schön gerechnet, besonders betrügerisch in Griechenland. Auch François Mitterrand und Helmut Kohl verschieben geschickt Kostenpunkte, damit stimmig erscheint, was eigentlich nicht stimmig ist. Dennoch: Obwohl einige Zeitgenossen warnen, der Währungsunion fehle der Rückhalt einer politischen Union, halten alle am Zeitplan stur fest.

### **Musik**

### **Sprecherin 2:**

Joschka Fischer setzt diesen halbherzigen Reformen eine eigene Vision entgegen. Am 12. Mai 2000 hält er an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Rede nicht in seiner Funktion als deutscher Außenminister, sondern als überzeugter Europäer.

### **O-Ton Joschka Fischer, 2000:**

„Meine Damen und Herren, man kann es gegenwärtig fast mit den Händen greifen, dass zehn Jahre nach dem Ende des kalten Krieges und mitten im Beginn des

Zeitalters der Globalisierung die europäischen Probleme und Herausforderungen sich zu einem Knoten geschürzt haben, der innerhalb der bestehenden Vorgaben nur noch sehr schwer aufzulösen sein wird: Die Einführung der gemeinsamen Währung, die beginnende Osterweiterung der EU, die Krise der letzten EU-Kommission, die geringe Akzeptanz von europäischem Parlament und europäischen Wahlen, die Kriege auf dem Balkan und die Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik definieren nicht nur das Erreichte, sondern bestimmen auch die zu bewältigenden Herausforderungen.

„Quo vadis Europa?“ fragt uns daher ein weiteres Mal die Geschichte unseres Kontinents. Und die Antwort der Europäer kann aus vielerlei Gründen, wenn sie es gut mit sich und ihren Kindern meinen, nur lauten: Vorwärts hin zur Vollendung der europäischen Integration. Für einen Rückschritt oder auch nur einen Stillstand und ein Verharren beim Erreichten würde Europa, würden alle an der EU beteiligten Mitgliedstaaten und auch alle diejenigen, die Mitglied werden wollen, würden vor allem also unsere Menschen, einen fatal hohen Preis zu entrichten haben. Und dies gilt ganz besonders für Deutschland und die Deutschen.

Was vor uns liegt, wird alles andere als einfach werden und unsere ganze Kraft erfordern, denn wir werden in der nächsten Dekade die Ost- und Südosterweiterung der EU zu wesentlichen Teilen zuwege bringen müssen, die letztlich zu einer faktischen Verdoppelung der Mitgliederzahl führen wird. Und gleichzeitig, um diese historische Herausforderung bewältigen und die neuen Mitgliedstaaten integrieren zu können, ohne dabei die Handlungsfähigkeit der EU substantiell infrage zu stellen, müssen wir den letzten Baustein in das Gebäude der europäischen Integration einfügen, nämlich die politische Integration.“

### **Sprecherin 2:**

Die EU steht im Jahr 2000 vor zwei großen Aufgaben: vor der Osterweiterung, die möglichst schnell erfolgen soll, und vor einer Reform, die die Gemeinschaft trotz der sprunghaft wachsenden Mitgliederzahl politisch handlungsfähig bleiben lässt. Sinnvoll wäre es, diese beiden großen Projekte nacheinander zu behandeln. Aber Joschka Fischer spricht von der historischen Dimension der Osterweiterung: Man möchte den historischen Moment nicht verpassen und versucht darum, alle Anforderungen gleichzeitig zu bewältigen.

2004 schon werden auf einen Schlag zehn mittel- und osteuropäische Länder der Union beitreten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern.

Joschka Fischer vollführt in seiner Rede vier Jahre früher den Balanceakt zwischen der europäischen Vision und den berechtigten Vorbehalten, dass unterschiedliche wirtschaftliche Niveaus der Länder und nationalstaatliches Denken das Konstrukt EU schwächen könnten. Sein Lösungsvorschlag für mehr politische Integration: eine föderale Struktur.

### **O-Ton Joschka Fischer, 2000:**

„Die Erweiterung wird eine grundlegende Reform der europäischen Institutionen unverzichtbar machen. Wie stellt man sich eigentlich einen Europäischen Rat mit dreißig Staats- und Regierungschefs vor? Dreißig Präsidenschaften? Wie lange werden Ratssitzungen dann eigentlich dauern? Tage oder gar Wochen? Wie soll man in dem heutigen Institutionengefüge der Europäischen Union zu Dreißig Interessen ausgleichen, Beschlüsse fassen und dann noch handeln? Wie will man verhindern, dass die EU damit endgültig intransparent, die Kompromisse immer unfasslicher und merkwürdiger werden, und die Akzeptanz der EU bei den Unionsbürgern schließlich weit unter den Gefrierpunkt sinken wird?

Fragen über Fragen, auf die es allerdings eine ganz einfache Antwort gibt: den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation, die Robert Schuman bereits vor 50 Jahren gefordert hat. Und d. h. nichts Geringeres als ein europäisches Parlament und eine ebensolche Regierung, die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben. Diese Föderation wird sich auf einen Verfassungsvertrag zu gründen haben.“

### **Sprecherin 2:**

Die Vorschläge von Joschka Fischer stoßen damals auf wenig Zustimmung bei der britischen und der französischen Regierung. Insofern überrascht es nicht, dass der „bewusste politische Neugründungsakt Europas“, den Fischer sich abschließend wünscht, bislang ausblieb. Zwar hat die Europäische Union in regelmäßigen Abständen ihr Vertragswerk überarbeitet, aber sie ist bis heute nicht in der Lage, grundlegende

Fragen zu beantworten: Wie kann die EU ein Europa der Bürger sein? Wie schützt die EU sich vor nationalstaatlicher Interessenpolitik?

Auch Verhandlungen zum Vertrag von Nizza zeigen die Unfähigkeit der Staats- und Regierungschefs, der Leitidee eines wirtschaftlich und politisch vereinigten Europas zu folgen. Um die Stimmverteilung wird im Jahr 2000 im Europäischen Rat geschachert und die Abstimmung per qualifizierter Mehrheit, die mehr Handlungsfähigkeit ermöglicht hätte, wird nur in wenigen weiteren Punkten eingeführt. Gemeinsame Wirtschaftsziele dominieren weiterhin die europäische Idee. Die politische Integration lässt weiter auf sich warten.

## **Musik**

### **Absage:**

„Wohin treibt die europäische Geschichte?“ Große Reden - Europa 1980 bis 2007. Ein Dossier von Susann El Kassar.

Es sprachen: Marietta Bürger, Susanne Barth und Jochen Kolenda

Ton und Technik: Wolfgang Rixius und Roman Weingart

Regie und Redaktion: Birgit Morgenrath

Sie hörten eine Produktion des Deutschlandfunks 2017. Diese Sendung ist Teil des gemeinsamen Projekts von Deutschlandfunk und ARTE „Große Reden“. Mehr dazu im Internet unter [arte.tv/grosse-reden](http://arte.tv/grosse-reden) und [deutschlandfunk.de/grosse-reden](http://deutschlandfunk.de/grosse-reden).

## **Musik**